

Herrn Ministerpräsident  
Horst Seehofer  
Bayerische Staatskanzlei  
Franz-Josef-Strauß-Ring 1  
80539 München

**-offener Brief-**

**Gemeinsame Bundesratsinitiative der Freistaaten Bayern und Sachsen  
für eine höhenbezogene Abstandsregelung für Windkraftanlagen zur Wohnbebauung**

Berlin, den 4. Juli 2013

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

bei verschiedenen Gelegenheiten haben Sie den begründeten Sorgen und guten Argumenten besorgter bayerischer Bürger Gehör geschenkt. Dankenswerterweise sogar in einem direkten Gespräch im März dieses Jahres in der bayerischen Staatskanzlei.

Die von Ihnen freundlich empfangenen Bürger sorgen sich um ihre Gesundheit, um die Natur und nicht zuletzt die Schönheit der bayerischen Landschaft. Kurzum: es geht um Lebensqualität und Heimat.

Die Positionen dieser Bürger, die ein natur- und menschenfreundlicheres Vorgehen beim Ausbau sogenannter „erneuerbarer Energien“ anmahnen, sind durch die Empfehlungen und Einschätzungen unabhängiger Experten gedeckt.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage geht mit dem gegenwärtigen Ausbau von Windkraft-, Photovoltaik- und Biomassekapazitäten hart ins Gericht:

**„Hier wird zu Lasten des Gemeinwohls das Motto >je mehr und je schneller desto besser< verfolgt“,**

diagnostizieren die Wirtschaftsweisen.

Deren wiederholt geäußerte Kritik wird von praktisch allen ideologisch und finanziell unabhängigen Fachleuten geteilt. Der ungetrübte Blick offenbart:

Neue Kapazitäten für nicht-grundlastfähigen, zufallsabhängigen Strom sind **das Letzte**, was eine sinnvoll definierte Energiewende zum Erfolg benötigt. Jeder, der des ungetrübten Blicks fähig ist, muss außerdem erkennen: Soweit ihr Aufbau zu Lasten der Menschen und der Natur geht, sind diese volkswirtschaftlich fragwürdigen Kapazitäten nicht das Letzte, sondern **das Allerletzte**.

**Mit Freude und Erleichterung haben die Bürger Bayerns nun erfahren, dass Sie ihre Sorgen und Argumente Ernst nehmen und Ihr gegebenes Wort halten.**

Mit der gemeinsamen Ankündigung der Freistaaten Bayern und Sachsen, eine Bundesratsinitiative zur höhenbezogenen Abstandsregelung für Windindustrieanlagen zur Wohnbebauung auf den Weg zu bringen, beweisen Sie Mut und Weitsicht.

Mit der Regelung, die Abstände für raumbedeutsame Windindustrieanlagen zur nächstgelegenen Wohnbebauung auf das Mindestmaß der 10-fachen Anlagengesamthöhe festzulegen, verschaffen Sie dem Recht aller Bayern auf gesundheitliche Unversehrtheit, auf Lebensqualität und auf Heimat die lange erhoffte Geltung.

**Im Namen der bayerischen Bürger aber auch im Namen aller Unterstützer der VERNUNFTKRAFT. danken wir Ihnen für diese vernünftigen Aussagen.**

Die *Bundesinitiative für vernünftige Energiepolitik* wird von zahlreichen Wissenschaftlern und unzähligen aufgeklärten Bürgern dieses Landes getragen. Die von Ihnen freundlich empfangenen Personen sind natürlich dabei – denn gerade sie wissen, dass es lohnt, den sachorientierten Diskurs zu suchen. Zu den Gründungsmitgliedern der Initiative zählen drei Träger des Bundesverdienstkreuzes. Binnen weniger Monate haben sich unter diesem Dachverband bereits 163 Bürgerinitiativen und Vereine und mehrere Landesverbände vereinigt.

**Alle gemeinsam wollen wir der Vernunft Kraft geben.**

Wir sind Partner all derjenigen, die sich für vernünftige Positionen einsetzen.  
Zum Wohle unseres Landes, seiner Menschen und seiner Natur.

Wir begleiten die Festigung und Fortentwicklung Ihrer Positionen mit Wohlwollen.

Wir ermutigen Sie, sich gegen das Geschrei der Subventionsprofiteure und die teilweise infamen Angriffe, denen Sie ausgesetzt sind, zu behaupten.

Wir möchten Sie dabei mit einigen grundlegenden Informationen unterstützen.

Mit harten Fakten, in deren Lichte die Absurdität der an Sie gerichteten Kritik deutlich wird. Insbesondere die „Brandbriefe“ derer, die den Naturschutz im Namen, aber schon lange nicht mehr im Herzen tragen, können mit diesen gelöscht werden:

Die durchschnittliche Auslastung aller bayerischen Windkraftanlagen betrug im Jahr 2011 ganze 17 Prozent der installierten Kapazität.

Bundesweit verrichten über 23.000 Windkraftanlagen ihren von den Launen der Natur abhängigen Einsatz. Diese tragen mit gut einem (1!) Prozent zum Primärenergieverbrauch bei.

Ihr Anteil am Strommix beträgt derzeit 7,3 Prozent. Dieser Anteil war zuletzt rückläufig – obwohl immer mehr Anlagen installiert wurden. Gestiegen ist jedoch der viel zitierte CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

Aufgrund naturgesetzlich und technisch bedingter Umstände, die sich jeder politischen Planung entziehen, wird sich dieser Anteil nur äußerst bedingt und nur unter aberwitzigen ökologischen und ökonomischen Kosten nennenswert steigern lassen.

Unter Zugrundelegung der derzeit verfügbaren und denkbaren Erzeugungs- und Speichertechnologien für Windstrom lässt sich dies mit einfachem Dreisatz zeigen:

**Wenn der Anteil am Stromverbrauch auf 25 Prozent erhöht (also verdreifacht) und durch Methanspeicherkraftwerke abgesichert werden soll, muss in ganz Deutschland alle 7,3 km ein Windpark à 10 Anlagen errichtet werden.** Den mathematischen Beweis von Herrn Dr.-Ing. Detlef Ahlborn finden Sie im Anhang. Die einzig möglichen rationalen Schlüsse daraus:

- 1. Mit Windkraft ist Profit, aber kein Staat zu machen.**
- 2. Erst recht kein Freistaat.**

Wer durch den allgemeinen Zeitgeist, die Dynamik politischer Prozesse und die Hektik des politischen Tagesgeschäfts komplexe Zusammenhänge übersieht, dem ist kein Vorwurf zu machen.

Die Umstände,

- dass Windkraft und Photovoltaik stets der Absicherung durch konventionelle Kraftwerke bedürfen,
- dass sich durch den Einspeisevorrang für Windkraftstrom die vergleichsweise sauberen Gaskraftwerke nicht mehr rentieren und alte Kohlekraftwerke reaktiviert werden,
- dass sich Windstrom auf absehbare Zeit nicht sinnvoll speichern lässt,
- dass die behauptete Klimaschutzwirkung aufgrund der Back-Up-Problematik und aufgrund des Emissionshandels bestenfalls neutral ist,
- dass die durch den Windkraftausbau steigenden Strompreise eine unsoziale Umverteilung und eine ungeheure Belastung des Wirtschaftsstandorts bewirken,

können in einem kurzlebigen politischen Umfeld schon mal aus dem Blick geraten.

**Inkompetent** ist, wer diese Umstände trotz allgemeiner Bekanntheit und augenfälliger Indizien nicht erkennt.

**Borniert** ist, wer diese Umstände bewusst ignoriert und die Sorgen und Argumente der Bürger in den Wind schlägt. In den Wind, der viel zu wenig weht, als dass sich die zum Heilsbringer erkorenen Anlagen sinnvoll betreiben ließen.

**Weise und besonnen** ist, wer sich diesen Umständen nicht verschließt, sondern im Lichte neuer Erkenntnisse eventuelle Fehleinschätzungen korrigiert und am Ende gute Entscheidungen trifft. Für die anvertrauten Bürger und das anvertraute Land.

Zum Wohl der Menschen.

Zum Wohl der Natur.

Zum Wohl der Heimat.

Nach unserer Lesart der bayerischen Verfassung sind genau dies die relevanten Kriterien für einen Ministerpräsidenten.

Von der Erreichung fragwürdiger Ausbauziele und der Erfüllung selbst geschaffener Zwänge steht dort – lesartunabhängig - nichts geschrieben.

Herr Ministerpräsident,

bitte haben Sie weiterhin Mut, zu Ihren Aufgaben zu stehen.

**Bitte bleiben Sie besonnen und weise.**

**Die Vernunftbürger Bayerns und Deutschlands honorieren das.**

Trillerpfeifen und Schlachtrufe sind ihnen fremd.

Aber ihre Pflichten als Staatsbürger sind ihnen vertraut.

Nicht nur am 15. September werden sie diese wahrnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

aus Franken und Oberbayern,

aus Berlin und Hessen,

aus Sachsen und Baden-Württemberg

aus Brandenburg und Schleswig-Holstein,

Markus Pflitsch

Katharina Quabius

Dr. Nikolai Ziegler

Dr.-Ing. Detlef Ahlborn

Dr. Eckhard Kuck

Ute Treber

Sven Noack

Dr. Karl-Heinz Glandorf

Helga Ehresmann

Jutta Reichardt

**Anlagen**

**Dreisatzrechnung von Dr.-Ing. Detlef Ahlborn.**

**Positionen für mehr Weitsicht, zum Wohl von Mensch und Natur**